

# Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

**FU!**

Ausgabe 5/6/2019 · 65. Jahrgang G2977

## Jüdisches Leben



**CDU**

<b>Auf den Punkt gebracht</b>	2
<b>Schwerpunkt</b>	
Jung. Jüdisch. Deutsch.	5
Sport als Brücke	7
Antisemitismus bekämpfen	9
<b>Sozial- und Umweltstandards</b>	
Fairness in Lieferketten	10
<b>Pflege</b>	
Bessere Löhne in der Pflege	12
<b>Frau &amp; Info</b>	
Struktur- und Satzungskommission der CDU	13
<b>Frau im Gespräch</b>	
Serap Güler	14
<b>Frau &amp; Info</b>	15
<b>Impressum</b>	15
<b>Landwirtschaft</b>	
#LebenaufsLand	16
<b>Alterssicherung</b>	
Paketlösung Grundrente	17
<b>Kinderrechte</b>	
Kinderrechte im Grundgesetz	19
<b>Europa</b>	
Neustart für Europa	20
<b>Frau vor Ort</b>	
Sicher in Lehrte unterwegs?!	22



*Liebe Frauen,*

für das neue Jahr 2020 wünsche ich Ihnen alles Gute. Wir starten mit Elan in die Zeit der Neujahrsempfänge und Klausurtagungen. Der Bundesvorstand der CDU tagt im Januar in der schönen Hansestadt Hamburg, wo am 23. Februar 2020 die Wahl zur Bürgerschaft stattfindet.

Auch die Arbeiten am neuen CDU-Grundsatzprogramm gehen weiter unter anderem mit einem Impuls der Vereinigungen der CDU am 14. Januar zur zweiten Leitfrage „Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?“

Europapolitisch hält uns weiter der anstehende Brexit in Atem und die innenpolitischen Themen wie die geplante Grundrente, Kinderrechte ins Grundgesetz oder die Verbesserungen im Pflegebereich stehen auf der Agenda. Hierzu geben unsere Expertinnen und Experten der Bundestagsfraktion mit Artikeln in dieser Ausgabe einen Einblick. Ende letzten Jahres haben die eindrucksvollen Demonstrationen der Landwirte nicht nur in Berlin auf die schwierige Situation in der Landwirtschaft hingewiesen. Die CDU steht an der Seite der Landwirte, die wie kaum eine andere Berufsgruppe in der Gesellschaft unter Druck stehen. Wir wollen, dass Landwirte mehr Wertschätzung erfahren. Der Handel führt einen Preiskampf auf Kosten und zu Lasten der Landwirte. Die Vielzahl der Verbraucherinnen erwartet höchste Qualität bei größtmöglichen Umwelt- und Tierschutzstandards. Die dafür notwendigen Preise werden aber nur selten gezahlt. Juliane Vees, Vizepräsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes, schreibt zum Strukturwandel der Landwirtschaft, welcher nur mit verantwortungsvollen Verbraucherinnen und Verbrauchern funktioniert.

Schwerpunkt der Ausgabe ist das jüdische Leben in Deutschland heute. Nicht erst nach dem Anschlag in Halle ist die Notwendigkeit für einen entschiedenen Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus offenbar geworden. Die Hemmschwelle zwischen Worten des Hasses und Taten ist gesunken. Deshalb ist es mehr als notwendig zu handeln. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Es ist unübersehbar: Wir haben ein Problem mit Rechtsextremismus. Jeder von uns muss Haltung

zeigen und widersprechen, wenn Menschen wegen ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Herkunft ausgegrenzt, angefeindet oder beleidigt werden. Da ist die Zivilgesellschaft gefordert. Da sind wir alle gefordert. Wir müssen jüdisches Leben schützen. Dafür braucht es auch mehr Polizeischutz. Jüdinnen und Juden müssen sich in Deutschland sicher fühlen können. Anfeindungen dürfen wir nicht hinnehmen, weder am Stammtisch, am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Freizeit, noch im Verein. Wir müssen uns solidarisieren mit allen Menschen, die von Hass und Hetze bedroht sind: Mit Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslimen und mit Menschen, die wegen ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Und wir müssen denen den Rücken stärken, die mutig sind. Als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung fördere ich unter anderem das Projekt „Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog“, welches vom Zentralrat der Juden ins Leben gerufen wurde.

Es will den jüdisch-muslimischen Dialog auf eine neue Stufe heben und Begegnungen auf Augenhöhe möglich machen. Das Dialogprojekt hat das konkrete Ziel, Antisemitismus gar nicht erst entstehen zu lassen. Denn wer aus seiner Lebensrealität heraus miteinander spricht, geht ohne Vorbehalte aufeinander zu.

Die Zivilgesellschaft hat insgesamt erkannt, dass weitergehende Maßnahmen zu ergreifen sind. Jetzt gibt es neben dem Antisemitismusbeauftragten des Bundes und der jeweiligen Länder beispielsweise auch einen Antisemitismusbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland. Mit Mike Samuel Delberg und Alon Meyer, dem Präsidenten des jüdischen Sportbundes Makkabi, haben wir zwei Autoren gewinnen können, die uns die Innensicht beschreiben. Es kommt leider zu oft vor, dass über die Jüdinnen und Juden in Deutschland gesprochen wird, aber nicht mit ihnen.

2020 werden wichtige Weichen für die Repräsentanz von Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten gestellt. Deshalb wird das einer unserer Arbeitsschwerpunkte in der ersten Jahreshälfte sein. Beim Arbeitsparteitag der

CDU in Leipzig wurden unsere diesbezüglichen Anträge an die CDU-Struktur- und Satzungskommission der Partei überwiesen. Weitere Informationen dazu finden Sie auf Seite 13. Die CDU steht im Wettbewerb mit anderen Parteien. Wir können uns ein „Weiter so“ nicht leisten. Auf dem Parteitag gab es niemandem, der der Meinung ist, dass Frauen in der CDU ausreichend repräsentiert sind. Sondern alle sagen: Ja, wir brauchen mehr Frauen. Über die Wege dorthin gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Deshalb müssen auf der Grundlage unserer Anträge konkrete Schritte diskutiert und erarbeitet werden. Es geht um die Glaubwürdigkeit und Zukunftsfähigkeit der CDU als Volkspartei. Mit einer plakativen Postkartenserie brachte die Frauen Union am Parteitagstand die Argumente für ein verbindliches Quorum und mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten auf den Punkt.

Im Deutschen Bundestag laufen die Beratungen in den Fraktionen über die Einsetzung einer Parlamentskommission zur besseren Vertretung von Frauen im Bundestag auf Initiative der fraktionsübergreifenden Frauengruppe auf Hochtour. Das Jahr 2020 bleibt also auch frauenpolitisch spannend!

Herzlichst,

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



# Jüdisches Leben in Deutschland

*„Wir beobachten seit längerem ein Abdriften unserer Gesellschaft nach rechts und zu einer Politik, die spalterisch wirkt. Hierfür ist nach meiner Einschätzung in besonderer Weise die AfD verantwortlich. Dem müssen wir entgegensteuern. Der Respekt gegenüber Minderheiten und der gesellschaftliche Zusammenhalt müssen wieder wachsen. Ich sehe da auf jeden Fall auch positive Tendenzen, sowohl bei den etablierten demokratischen Parteien als auch bei den Bürgern. Gerade die Zivilgesellschaft ist bereits so aktiv geworden gegen die Hetze der AfD und lässt sich trotz zum Teil massiver Bedrohungen nicht einschüchtern. Das beeindruckt mich und macht mir Mut.“*

*Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden  
Zitat aus dem Interview, Jüdische Allgemeine 29.11.2018*

Mit der Aktionswoche „Von Schabbat zu Schabbat“ und dem Jüdischen Forum von CDU und CSU setzt die Union Zeichen gegen Antisemitismus in jeder Form. Die CDU will „deutschlandweit den Blick darauf richten, wie selbstverständlich und vielfältig jüdisches Leben in Deutschland ist“, so die Initiatorin, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer.



Jung. Jüdisch. Deutsch. – Mit der Kippa durch den Alltag.

# Jung. Jüdisch. Deutsch.

Schalom Freunde!

Mein Name ist Mike Samuel Delberg, ich bin 30 Jahre alt, CDU-Mitglied und jüdischer Berliner. Ich bin gläubig, aber nicht orthodox. Ich liebe den „Gefilten Fisch“ meiner Oma, aber auch 'ne würzige Currywurst. Ich gehe gerne am Schabbat in die Synagoge, aber ebenso gerne danach auch mal feiern.

Obwohl das Judentum schon seit meiner Kindheit ein ganz normaler Teil meines Lebens ist, war ich nie so religiös, dass ich meine Kippa auf der Straße getragen habe. Vielleicht mal auf dem Weg von der Synagoge nach Hause oder für ein schönes Foto. Als Aktivist in mehreren jüdischen Organisationen, habe ich keine Angst mein Judentum offen zu zeigen. Schon seit Jahren bewegt mich aber die ewige Diskussion um sogenannte „No-Go-Areas“ für Juden und die Gefahr des öffentlichen Kippa-Tragens in Deutschland.

## Mit der Kippa auf der Straße

Nein, das Tragen einer Kippa ist in Deutschland nicht gefahrlos möglich. Zumindest nicht uneingeschränkt. Erkennt ein gewaltbereiter Antisemit die jüdische Symbolik, könnte es gefährlich werden. Aber ich habe es dennoch satt, dass uns ständig Empfehlungen ausgesprochen werden, was wir Juden tragen oder nicht tragen sollten oder welche Orte von uns lieber zu meiden sind. Ich bin ein Deutscher! Ich bin ein guter Bürger! Warum soll ich mich also verstecken, wenn ich doch nichts anderes gemacht habe, als ein ganz normaler Jude zu sein?

Diese Frage stellen sich viele junge Juden in Deutschland. Meine Antwort darauf war: Die Zeiten des Versteckens sind vorbei – ich trage jetzt die Kippa! Seit mittlerweile einem halben Jahr trage ich sie. Aus Solidarität mit meinen religiösen Gemeindemitgliedern und damit dieses jüdische Symbol wieder ein Stückchen mehr Teil des sichtbaren Judentums in Deutschland wird. Das „normale“ sichtbare jüdische Leben verschwindet. Seitdem ich angefangen habe die Kippa zu tragen, wurde mein Rabbiner in Berlin bespuckt, einem Freund in Freiburg seine Kippa in einem Fitnessstudio vom Kopf gerissen und die Synagoge in Halle beinahe von einem mordwilligen, schwer bewaffneten Rechtsradikalen gestürmt. Die Welt wurde ein Stückchen dunkler.

## Judentum sichtbar machen

Deshalb möchte ich mit meiner Geschichte versuchen, einen kleinen Funken Licht in diese Welt zu bringen. Es geht mir nämlich wunderbar! Ich trug meine Kippa draußen auf der Straße, bei der Arbeit im Bundestag und im Konrad-Adenauer-Haus, im Bus, in der Bahn, im Flieger und auch beim Feiern in allen Clubs von Nord- bis Süddeutschland. Nur beim Essen in nicht-koscheren Restaurants oder beim Schlafen und Duschen habe ich sie abgenommen.

Ich bin offen zu Euch: Es waren keine ganz einfachen sechs Monate. Man fühlt sich ständig beobachtet. Als ob man, durch das Tragen der Kippa, die Last der Vertretung des gesamten jüdischen Volks und unserer fast 6000-jährigen Geschichte auf seinen Schultern trägt.



Foto: Anja Pfeffermann

Man wird auch ständig angeschaut! Daher überlege ich nun zwei Mal, ob ich bei Rot (trotz leerer Fahrbahn) über die Straße gehe oder ob ich meinen Kaugummi in den Gully spucke, anstatt in die zehn Meter entfernte Mülltonne. Man möchte nicht, dass für den Menschen, der dabei neben dir steht, die vielleicht erste bewusste Begegnung mit einem Juden einen negativen Eindruck hinterlässt.

#### **Religionen in ihrer Unterschiedlichkeit selbstbewußt ausleben**

Aber neben dem einen oder anderen verwunderten oder auch mal unfreundlichen Blick, sind mir wirklich nur schöne Sachen widerfahren. Nette, interessierte Menschen, die mich fragend ansprachen oder einfach mit einem „Schalom“ grüßten. Spannende Gespräche in der U-Bahn oder beim Feiern, bei denen die Kippa der Auslöser war. Ein Steward von EasyJet hat mich sogar an meiner Kippa wiedererkannt und mir einen Sitzplatz mit mehr Beinfreiheit angeboten. Zahlreiche christliche und muslimische Menschen kamen auf mich mit einem breiten Grinsen und der Aussage zu, dass wir alle Brüder und Schwestern seien. Doch das Schönste waren die vielen bewegenden Nachrichten von Menschen aus ganz Deutschland, die sich durch meine kleine Entscheidung haben inspirieren lassen ihre Religion nun auch selbstbewusster auszuleben. Darauf bin ich stolz!

Ich wurde in diesen sechs Monaten weder angepöbelt, noch angespuckt oder gar angegriffen. Dennoch

heißt das nicht, dass der Antisemitismus nicht vorhanden ist. Viele jüdische Menschen, davon auch mehrere persönliche Bekannte, leiden unter dem alltäglichen Judenhass. Ich sehe ihn beinahe jede Woche als sehr realen Teil meiner Arbeit in jüdischen Organisationen.

Doch diese vergangenen Monate haben mir gezeigt, dass es auch ein anderes Deutschland gibt. Ein Deutschland, das ich liebe! Ein warmherziges und offenes Deutschland, in dem ich mich als Jude nicht nur toleriert, sondern wohl fühle. Das Tragen der Kippa ist in Deutschland noch keine Normalität - ebenso wie Juden noch kein gänzlich „normaler“ Teil unserer Gesellschaft sind. Deshalb werde ich meine Kippa erstmal weitertragen, damit ich irgendwann in einem Deutschland aufwache, in dem ich als Jude genauso gesehen werde, wie jede und jeder andere um mich herum.

In diesem Sinne: Einen guten Start ins neue Jahr!

Mike Samuel Delberg ist Repräsentant der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

# Sport als Brücke



MAKKABI Deutschland ist Mitglied im Deutschen Olympischen Sportbund und Deutschlands einziger jüdischer Turn- und Sportverein. Organisiert in 38 Ortsvereinen ist MAKKABI ein Mitgestalter des Sportgeschehens in Deutschland.

Es ist ein Sonntagabend in Frankfurt am Main. Pünktlich um 18 Uhr pfeift der Schiedsrichter das Fußballspiel der U17-Kreisliga Mannschaft des TuS Makkabi Frankfurt an. Während des Spiels spüren Zuschauer und Spieler einen gewissen Unmut gegen die Frankfurter Jungtruppe und ihr Gefühl täuscht sie (leider) nicht. Gegen Ende des Matches wurden Makkabi-Spieler und Zuschauer massiv antisemitisch beleidigt und bedroht. Die muslimischen Makkabi-Spieler wurden als „Verräter“ beschimpft. „Der Trainer drohte uns mit Nasenbruch und meinem Sohn wurde gedroht, kaltgestellt zu werden“, berichtete ein Elternteil am Spielfeldrand. Er ergänzte: „Ich rief die Polizei, weil ich wirklich Angst hatte, Angst um mein Leben.“ Zwei der Spieler verließen sogar aus Furcht den Platz. Mehrere Monate später wurde der Fall vor dem Sportgericht verhandelt. Die Strafe: 49,60 Euro und ein „Konflikttraining“.

Wir sollten meinen, dass so ein Schreckensbericht Jahrzehnte nach der Schoa nicht mehr aktuell wäre, doch heutzutage zeigt vor allem der Amateursport vermehrt sein antisemitisches und rassistisches Gesicht auf und um den Sportplatz.

Auch außerhalb des Sportgeschehens hat sich das gesellschaftliche und politische Klima in Deutschland verändert. Es sind nicht Beschimpfungen wie „Juden ins Gas“ oder der Anschlag auf die Synagoge in Halle, die deutlich machen, dass das innerpolitische Konstrukt Deutschland massiv wackelt. Momentan wird fleißig an den demokratischen Säulen des Landes gesägt, die einst ein offenes und friedliches Leben stützen sollten. Dr. Joseph Schuster, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschlands,

sagte über den heute grassierenden Antisemitismus, dass „(...) sich eine rote Linie (...)“ verschoben habe. Laut Bundeskriminalamt sind die Zahlen von 2017 auf 2018 erschreckend gestiegen. So waren es 2017 noch circa 1400 antisemitische Übergriffe im Gegensatz zu 2018 mit über 1600 antisemitischen Straftaten. Der Anstieg der Gewalttaten ist hier jedoch besonders bedenklich. Diese verdoppelten sich fast von 37 auf 69 Fälle. Die Auslöser körperlicher Übergriffe sind so banal wie unverständlich. Ein Schmuckstück in Form eines Davidsterns brachte im Sommer 2018 zehn Tatverdächtige dazu, einen jüdischen Syrer zusammenschlagen. Besonders in Berlin steigen die Zahlen körperlicher Übergriffe auf Juden täglich. Im Oktober 2019 wurde ein 70-jähriger verbal von einem Mann attackiert. Er währte sich mit Worten, woraufhin der andere Mann zuschlug. Dies sind nur einige Beispiele, die die täglichen Anfeindungen und Übergriffe auf jüdische Mitbürger aufgrund ihrer vermeintlich biologischen Herkunft beschreibt.

Tobias Herzberg (32), Dramaturg und Künstlerischer Leiter an der Hochschule für Musik und Theater in Rostock gehört zur dritten Generation nach der Schoa und beschreibt, dass sich Ausgrenzung schon im Grundschulalter manifestiert. „Man macht Erfahrungen, indem die anderen einem spiegeln, dass man so ist. (...) Und das hat dann was mit dem Namen zu tun, wo dann vielleicht schon der ein oder andere besonders schlaue Grundschüler sagt „Du bist doch Jude“ und auf einmal hat dieses Wort einen ganz negativen Klang. (...) und man fragt sich dann: Nanu, wo kommt denn dieser negative Klang her?!“, sagte er in



Foto: Makkabi

einem Interview. Ein Bewusstsein zu schaffen und selbstverständlich mit der eigenen Identität umzugehen, ist für junge jüdische Menschen auf dieser Grundlage in Deutschland fast unmöglich. Das Gefühl, anders zu sein und ausgegrenzt zu werden, wird so nicht aus dem Weg geräumt. Es ist also kein Wunder, dass immer noch von einem Leben „auf gepackten Koffern“ gesprochen wird. Aber wo sollen sie denn hin, wenn doch Deutschland ihre Heimat ist?

Sind wir nicht der festen Überzeugung, dass eine Gesellschaft aushalten soll, muss und kann, dass Menschen unterschiedlich sind? Ist es nicht der richtige Weg, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Deutschland vielseitig und bunt ist? Sollten wir nicht Dialoge mit Menschen aus verschiedenen interreligiösen und interkulturellen Kontexten fördern und vertiefen und eine bessere Welt schaffen, in der wir uns auf Augenhöhe begegnen? Sollten wir uns nicht weigern, uns einer Gesellschaft anzupassen, sondern unsere Stimme für uns und andere erheben?

Der jüdische Sportverband in Deutschland sagt: Ja, sollten wir! Wir müssen sogar!

Als Verband mit besonderen Aufgaben im Deutschen Olympischen Sportbund ist es genau diese Aufgabe, die MAKKABI ausmacht: Haltung gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche Art von Fremdenfeindlichkeit zeigen und sich auf respektvoller Ebene begegnen. Der Sport ist das ideale Werkzeug, um Brücken zu bauen und die Vermittlung von demokratischen Werten wie Integration, Inklusion und den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus zu fördern.

Seit 1965 ist MAKKABI Deutschland als einziger jüdischer Turn- und Sportverein und mittlerweile 38 Ortsvereinen Mitgestalter des Sportgeschehens in Deutschland. Der Verband hat es sich zum Ziel gemacht, neben der Vermittlung traditioneller jüdischer Werte, Identitäten und Bewusstsein auch ein über den Sport hinausgehendes Gefühl der Zusammengehörigkeit jüdischer Sportler weltweit zu bestärken. Bei MAKKABI wird viel Wert auf das kollegiale Verhalten der Mitglieder auf und neben dem Sportplatz gelegt. Respekt vor dem Mit- und Gegenspieler steht an höchster Stelle. So ist auch die Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden mit Hilfe des Sports ein Schwerpunktthema bei MAKKABI. Der Verband ist offen für alle und möchte den Sport nutzen, um eine positive, nicht nur sportliche Veränderung herbeizuführen. MAKKABI ist viel mehr als nur Sport. Sport verbindet, das ist schon lange kein Geheimnis mehr. Umso wichtiger ist es, dies noch weiter in die Öffentlichkeit zu tragen, Vorurteile aus dem Weg zu räumen und Botschafter des Guten zu generieren. Es ist schon ein kleiner Schritt getan, wenn die Gesellschaft erkennt, welches wertvolle Gut wir nach 1945 geschaffen haben und Vorfälle wie beim Fußballspiel von MAKKABI endlich der Vergangenheit angehören.

Alon Meyer ist Präsident von MAKKABI Deutschland



Foto: REDPIXEL – stock.adobe.com

Christlicher Glaube und Judenfeindschaft schließen einander aus: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat erstmalig einen Antisemitismusbeauftragten berufen, der die Kirche bei ihren Anstrengungen im Kampf gegen Antisemitismus unterstützt.

# Antisemitismus bekämpfen

„Im Bild des Juden, das die Völkischen vor der Welt aufrichten, drücken sie ihr eigenes Wesen aus. Ihr Gelüste ist ausschließlicher Besitz, Aneignung, Macht ohne Grenzen, um jeden Preis. Den Juden mit dieser Schuld beladen, als Herrscher verhöhnt, schlagen sie ans Kreuz, endlos das Opfer wiederholend, an dessen Kraft sie nicht glauben können.“ – Dieser Satz aus den Thesen zum Antisemitismus im Anhang des Buches „Dialektik der Aufklärung“ von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno unterstreicht die Komplexität unseres Vorhabens, Antisemitismus zu bekämpfen und zeigt unter anderem, dass es bei Bearbeitung der Geschichte um einer friedlicheren Zukunft willen nicht einfach nur um die Beziehung zweier Gleichberechtigter geht, sondern auch um die Beziehung von vergangener oder gegenwärtiger Herrschaftsgeschichte, bzw. von Menschen, die auf unterschiedlichen Seiten Gewalt erfahren, ausgeübt, mitgetragen oder auch sich dagegen gewehrt haben.

Eigentlich sind alle Christenmenschen nach biblisch-theologischer Botschaft „Antisemitismusbeauftragte“. Denn Antisemitismus ist Unglaube. Die kirchliche Tradition hat sich zu Unrecht antijüdisch positioniert. Jesus war und bleibt Jude und auch die biblischen Schriften sind nicht vom Judentum und unserer bedingungslosen Angewiesenheit auf das Judentum damals wie heute zu trennen. Was den Antisemitismus für Christen so attraktiv gemacht hat, ist weitestgehend unverstanden. So braucht die Kirche viele Christen, die sich dessen bewusst sind, und die Gesellschaft braucht eine Kirche, die auf die christliche Grundierung auch des säkularen Antisemitismus hinweist. Insofern brauchen Kirche und die Gesellschaft Aufklärung und Her-

zensbildung, zu der ein Beauftragter beizutragen versuchen kann und soll. Die EKD hat mit der Berufung eines „Beauftragten für den Kampf gegen Antisemitismus“ zum Ausdruck gebracht, dass die evangelische Kirche unverrückbar an der Seite ihrer jüdischen Schwestern und Brüder steht. Sie macht aber auch deutlich, dass die evangelische Kirche nicht zuletzt aus der Verantwortung für eigenes jahrhundertlanges Versagen jeder Form von Judenfeindschaft und Verachtung wachsam gegenüberzutreten werde.

Einiges ist bereits passiert. Viel müssen wir noch gemeinsam erreichen. Die generelle Position der EKD zum Thema „Antisemitismus“ findet sich in der Schrift „Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können“. Dort bezieht die EKD Position – aus historischer Verantwortung für jahrhundertlanges kirchliches Versagen, aber auch aus theologischer Überzeugung: christlicher Glaube und Judenfeindschaft schließen einander aus. Der Widerspruch gegen Judenhass ist nicht nur die Sache einiger weniger, sondern eine Verantwortung aller Christen. Zudem wurde beispielsweise im vergangenen Jahr auf Initiative der EKD und ihrer Gliedkirchen am Institut Kirche und Judentum der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) mit finanzieller Unterstützung des Stifterverbandes und der VolkswagenStiftung eine Stiftungsprofessur für Geschichte und Gegenwart des jüdisch-christlichen Verhältnisses eingerichtet.

Christian Staffa ist Beauftragter der EKD für den Kampf gegen Antisemitismus

# Fairness in Lieferketten



Mehr Fairness in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten. Unternehmen sind dazu aufgerufen, detailliert darzulegen, wie sie Menschenrechte und Sozialstandards in ihren Lieferketten einhalten.

Weltweit sind 152 Millionen Kinder von Kinderarbeit betroffen, die Hälfte davon arbeitet unter ausbeuterischen Bedingungen. Alleine 40 Millionen Menschen leben unter Bedingungen, die man nur als moderne Sklaverei bezeichnen kann. Dabei sind auch deutsche und andere europäische Unternehmen in unserer globalisierten Wirtschaft über ihre Liefer- und Wertschöpfungsketten mit den Missständen auf den Kaffeepflanzungen, Baumwollfeldern, in den Textilfabriken oder Kobaltminen dieser Welt verbunden.

Als eine der weltweit führenden Wirtschaftsnationen profitiert Deutschland in besonderem Maße von der Einbindung in globale Liefer- und Wertschöpfungsketten. Wir tragen somit eine Mitverantwortung für die Arbeitsbedingungen in den Lieferketten, der wir nachkommen müssen.

Seit der Verabschiedung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen (VN) für Wirtschaft und Menschenrechte im Jahr 2011 wurde diese Verantwortung ganz klar abgesteckt: Als staatliche Pflicht, die Menschenrechte zu schützen und als unternehmerische Verantwortung, die Menschenrechte zu achten. Die VN-Leitprinzipien fordern Staaten zudem auf, eine intelligente Mischung, einen sogenannten „smart mix“ nationaler und internationaler, bindender und freiwilliger Maßnahmen gleichermaßen in Erwägung zu ziehen, um die Achtung der Menschenrechte durch Unternehmen zu fördern.

Zur Umsetzung dieser Leitprinzipien hat die Bundesregierung 2016 den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet. Dieser Aktionsplan formuliert konkrete Erwartungen an die Unternehmen, wie sie ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht

nachkommen sollen, und setzt damit explizit auf das Prinzip der Freiwilligkeit. Derzeit wird in einem umfassenden Verfahren, dem so genannten NAP-Monitoring, geprüft, inwieweit Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten tatsächlich dieser Pflicht nachkommen.

Die Bundesregierung stellt durch eine Vielzahl an Initiativen bereits jetzt sehr konkrete Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen bei der freiwilligen Umsetzung ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht bereit. Das BMZ hat sich dabei in den letzten Jahren insbesondere für die Einhaltung von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards in der Textilindustrie eingesetzt: 2014 hat unser Haus gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Textilindustrie, der Gewerkschaften und von Nichtregierungsorganisationen das Bündnis für nachhaltige Textilien auf den Weg gebracht. Außerdem hat das BMZ im September 2019 das erste staatliche Textilsiegel, den „Grünen Knopf“, eingeführt. Herstellerfirmen, die für ihre Produkte mit dem „Grünen Knopf“ zertifiziert werden wollen, müssen 26 soziale und ökologische Mindeststandards einhalten. Außerdem müssen Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht in Lieferketten anhand von 20 weiteren Kriterien nachkommen.

Gerade der „Grüne Knopf“ zeigt sehr gut, dass die Umsetzung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht und ihrer Nachprüfbarkeit möglich sind. Dabei spielt die Unternehmensgröße keine entscheidende Rolle, sondern vielmehr der unternehmerische Wille, die eigene Lieferkette transparent auszugestalten, die Risiken innerhalb der Lieferkette systematisch zu ermitteln und einen Umgang mit ihnen zu finden.



Foto: picture alliance – imageBROKER

Freiwillige Initiativen stoßen aber dann an ihre Grenze, wenn eine erhebliche Mehrheit des Marktes an den Prozessen nicht mitwirkt. Daher bin ich der Überzeugung, dass es einer flankierenden staatlichen Rahmensetzung bedarf, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen und Rechtsklarheit zu schaffen.

Ich freue mich sehr darüber, dass der Antrag „Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten weltweit durchsetzen“ der Frauen Union von den Delegierten des CDU-Parteitag im November 2019 unterstützt und wortgleich angenommen wurde. Darin fordert die CDU ein engagiertes Eintreten der Bundesregierung für die Durchsetzung von Menschenrechten entlang der gesamten Lieferkette von Unternehmen.

Die Bundesregierung wird die Erkenntnisse aus dem erwähnten NAP-Monitoring nutzen und Eckpunkte für eine nationale gesetzliche Regulierung entwickeln. Dabei werden wir nicht nur die Schwere der potentiellen Menschenrechts- und Umweltverletzungen und die Komplexität der Lieferkette, sondern auch die Möglichkeit der Einflussnahme des jeweiligen Unternehmens mit einbeziehen. Natürlich lassen wir die Unternehmen damit nicht allein. Die Bundesregierung hat schon jetzt verschiedene Unterstützungsangebote eingerichtet, wie zum Beispiel den NAP-Helpdesk der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung.

Das BMZ wird die Regulierung von unternehmerischen Sorgfaltspflichten auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 weiter vorantreiben. Trotz Ankündigung hat die Europäische Kommission seit 2014 keine geltende EU-Strategie zu nachhaltigem verantwortungsvollen

Unternehmenshandeln beschlossen. Auch um den Weg für eine umfassende Regelung auf EU-Ebene zu ebnet, sollte die Bundesregierung zeitnah mit einem nationalen Lieferkettengesetz voranschreiten. Andere EU-Mitgliedsstaaten haben bereits verbindliche Regelungen erlassen, beispielsweise Großbritannien, Frankreich und die Niederlande, oder bereiten entsprechende Regelungen vor.

Um Menschenrechte und Umweltstandards in globalen Lieferketten umzusetzen, sind alle Akteure gleichermaßen gefragt. Wir können Lieferketten nur wirklich nachhaltig gestalten, wenn wir eine gelungene Mischung aus freiwilligen und verbindlichen, nationalen und internationalen Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Natur auch tatsächlich gemeinsam umsetzen. Es liegt an uns allen, heute die richtigen Weichen für morgen zu stellen.

Dr. Maria Flachsbarth MdB ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Der Pflegeberuf soll attraktiver werden. Mit dem Pflegelöhneverbesserungsgesetz werden Maßnahmen für bessere Arbeitsbedingungen auf den Weg gebracht.

# Bessere Löhne in der Pflege

Pflege ist weiblich. Frauen pflegen nicht nur ihre Angehörigen zu Hause weit häufiger als Männer, auch in der professionellen Pflege stellen sie die große Mehrheit der Beschäftigten. Obwohl Pflege ein in der Bevölkerung angesehener Beruf ist, herrscht ein Mangel an ausgebildeten Fachkräften. Das liegt zum einen an belastenden Arbeitsbedingungen mit zu wenig Kolleginnen und Kollegen, aber auch an einem Mangel an Wertschätzung. Denn Wertschätzung drückt sich nicht nur in einer öffentlichen Darstellung der Arbeit von Pflegekräften aus, die die Fachkompetenz von Pflegekräften ebenso betont wie die Menschlichkeit, sondern auch in einer angemessenen Entlohnung. Ein würdevolles Leben im Alter, auch im Falle einer Pflegebedürftigkeit, erfordert ein gesamtgesellschaftliches Engagement, einerseits für die vielen pflegenden Familienangehörigen und andererseits für die professionell Pflegenden, die die Familien bei der Pflege unterstützen und vielfältige anspruchsvolle fachliche Aufgaben in den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern übernehmen.

Aus diesem Grund haben Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Franziska Giffey und Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil mit der Konzierten Aktion Pflege (KAP) die Grundlage dafür geschaffen, im gesellschaftlichen Konsens mit den relevanten Akteuren die Bedingungen, unter denen Pflegekräfte arbeiten, Stück für Stück zu verbessern. Ziel der KAP ist, den Arbeitsalltag und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften spürbar besser zu machen, die Pflegekräfte zu entlas-

ten und die Ausbildung in der Pflege zu stärken. Die KAP hat zu den Themenbereichen „Ausbildung und Qualifizierung“, „Personalmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung“, „Innovative Versorgungsansätze und Digitalisierung“, „Pflegekräfte aus dem Ausland“ sowie „Entlohnungsbedingungen in der Pflege“ am 4. Juni 2019 Maßnahmen vorgestellt, die die jeweiligen Akteure verbindlich vereinbart haben.

In der zuständigen Arbeitsgruppe 5 der KAP bestand Einigkeit darüber, dass eine Verbesserung der Entlohnung von Pflegekräften erforderlich ist. Es sollen auch künftig durch die Pflegekommission verbindliche Mindestentgelte (Pflegemindestlöhne) festgesetzt werden, um zu einer besseren Entlohnung in der Altenpflege zu kommen.

Diese Mindestentgelte sollen eine Differenzierung nach der beruflichen Qualifikation vorsehen, dabei soll mindestens nach Pflegefach- und Hilfskräften differenziert werden. Gleichzeitig soll sich die Pflegekommission zeitnah mit der Angleichung des Pflegemindestlohns in Ost- und Westdeutschland befassen. Mit dem Pflegelöhneverbesserungsgesetz, das am 29. November 2019 in Kraft getreten ist, ist die Möglichkeit der flächendeckenden Erstreckung eines bundesweiten Branchentarifvertrags auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes geschaffen worden. Nun liegt das Heft des Handelns zunächst in der Hand von Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Klar ist, dass höhere Löhne nicht zu einer finanziellen Überforderung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen bei den Eigenanteilen in der Pflege führen dürfen. Ei-

# frau & info



Foto: stock.adobe.com

ne erste Maßnahme hierzu ist bereits auf den Weg gebracht: Mit dem am 14. August 2019 im Bundeskabinett verabschiedeten Angehörigen-Entlastungsgesetz sollen unterhaltsverpflichtete Kinder erst ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100.000 Euro herangezogen werden, wenn ihre pflegebedürftigen Eltern Leistungen der Hilfe zur Pflege beziehen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Darüber hinaus wird Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in der ersten Jahreshälfte 2020 einen gesamtgesellschaftlichen Dialog über die zukünftige Finanzierung der Pflegekosten und damit auch die Höhe der Eigenanteile der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen führen. Ziel ist es, die Eigenanteile für die Familien planbarer zu machen. Wir alle, und gerade wir Frauen, sind aufgerufen, uns an diesem Dialog konstruktiv zu beteiligen.

Nun liegt es an den jeweiligen Akteuren, die vereinbarten Maßnahmen auch umzusetzen, damit eine spürbare Verbesserung auch im Alltag der Pflegekräfte ankommt. Das sind wir den Pflegekräften aber auch den zu pflegenden Frauen und Männern schuldig. Denn Pflege geht uns alle an!

Sabine Weiss MdB ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit



Foto: Tobias Koch

## Struktur- und Satzungskommission der CDU

Die Frauen Union der CDU Deutschlands hat sich mit zahlreichen Anträgen in die inhaltlichen Debatten des Parteitags eingebracht. Im Fokus der medialen Berichterstattung standen die Anträge für eine bessere Repräsentanz von Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten. Nach kontroversen Diskussionen im Vorfeld des Parteitages hat der 32. Parteitag der CDU die Anträge der Frauen Union der CDU C 63 „Mehr Frauen in der CDU, in Ämtern und Mandaten“ und C 64 „Gleichstellungsbericht“ an den Bundesvorstand der CDU und die Struktur- und Satzungskommission überweisen. Diese Struktur- und Satzungskommission wurde vom CDU-Bundesvorstand am 11. November eingesetzt. Die Anträge sind im Einsetzungsbeschluss ausdrücklich als wichtige Beratungsgrundlage der Kommission genannt.

Die Struktur- und Satzungskommission, an die neben unseren Anträgen mehrere weitere Anträge überwiesen wurden, wird dem Bundesvorstand der CDU bis Mitte 2020 einen Zwischenbericht vorlegen. Zum Abschluss ihrer Tätigkeit wird sie im 3. Quartal notwendige satzungsändernde Anträge formulieren und dem CDU-Bundesvorstand vorlegen. Der CDU-Bundesvorstand wird auf dieser Grundlage beraten und Anträge an den Parteitag 2020 stellen.

Die Kommission wird paritätisch besetzt werden. Jeder Landesverband, jede Bundesvereinigung und Sonderorganisation wird zwei Vertreter, d.h. je einen Mann und eine Frau entsenden. Die Frauen Union entsendet zwei Frauen. Die Leitung übernimmt der Generalsekretär gemeinsam mit einem Vertreter aus den Ost-Landesverbänden und einer Frau.



Foto: Laurence Chaperon

Respekt, Toleranz und Härte – Serap Güler ist Integrationsstaatssekretärin in Nordrhein-Westfalen und Muslima. Sie hat eine präzise Agenda.

# Bildung gehört zur Integration

Die Staatssekretärin spricht ziemlich schnell, am liebsten würde sie doppelt so viel Inhalt in jeden Satz packen. Zwischendurch streut sie griffige Beispiele ein, was ihre Vorstellungen und Forderungen unterstreicht. Serap Güler ist seit Juni 2017 Staatssekretärin für Integration im „Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen“, und mit Sprechblasen käme sie in dem Job nicht weit.

28,7 Prozent der 17,7 Millionen Einwohner des größten Bundeslands hatten 2017 eine Migrationsgeschichte. Probleme reichlich: Das Landeskriminalamt identifizierte in seinem Lagebild 2018 über 100 türkisch-arabische Familiencamps, verantwortlich für rund ein Drittel der gesamten Straftaten. Die andere Seite: Gerade wurde die türkischstämmige Herzchirurgin Dilek Gürsoy als Medizinerin des Jahres ausgezeichnet – eine Gastarbeitertochter wie auch Serap Güler; und es sind in Nordrhein-Westfalen oft gerade die Bürger mit ausländischen Wurzeln, die den Dienstleistungs-, Nahverkehrs- und Lebensmittelsektor am Laufen halten.

Serap Güler wurde 1980 als Kind einer türkischen Bergmannsfamilie in Marl geboren, die Mutter Hausfrau, der Vater rackerte fast 40 Jahre auf der Zeche. Sie wuchs mit muslimischen Glauben auf, die Eltern legten aber Wert auf Integration. „Meine Mutter schickte mich extra in eine katholische Grundschule. Als man ihr anbot, ich müsse nicht am Gottesdienst teilnehmen, hat sich mich erst recht dorthin geschickt“, erzählt die 39-Jährige. „Und wenn mein Bruder oder ich uns über Lehrer aufregten, wurden wir zuhause zunächst gefragt, ob unser Verhalten etwa respektlos gewesen sei. Die haben uns das nicht

leicht gemacht daheim“. Fleiß, Leistung, Toleranz, gutes Benehmen – solche Werte seien den Eltern wichtig gewesen. Sie lacht: „Dabei war ich nur eine mittelmäßige Schülerin, vor allem in Mathe sah es nie gut für mich aus.“

Nach einer Ausbildung zur Hotelkauffrau studierte sie Kommunikationswissenschaften, schrieb die Magisterarbeit über Integration und arbeitete im Büro des damaligen Integrationsministers Armin Laschet, der inzwischen Ministerpräsident ist und sie vor zweieinhalb Jahren in sein Kabinett holte. Vor gut zehn Jahren trat sie in die CDU ein, „wegen der Bildungspolitik und in der Erwartung, dass gerade die CDU sich um Integration kümmern muss, was ja auch passiert ist.“ Jetzt gibt es eine Integrationsbeauftragte im Kanzleramt und regelmäßige Arbeitsgruppen und Gipfel zu dem Thema.

Güler fordert eine gesunde Mischung aus Respekt, Toleranz und Härte, aber auch lebensnahe Gesetzgebung: „Einerseits müssen wir viel stärker in den Vordergrund stellen, was alles klappt und die positiven Beispiele herausstellen – und es gelingt sehr viel inzwischen“, betont sie, „andererseits ist es völlig richtig, wenn der Innenminister hartes Vorgehen gegen Clankriminalität anweist. Genauso dürfen wir die Diskussion, wer unser Sozialsystem nur ausnutzt, nicht anderen überlassen, sondern müssen das aktiv verfolgen und unterbinden.“ Gerade die CDU, die für Sicherheit und Ordnung stehe, müsse sich die Frage gefallen lassen, ob sie diesem Anspruch in den vergangenen Jahren gerecht geworden sei. In Bayern gelinge dies ja auch, und viele Ausländer, die hier hervorragend integriert seien, forderten dies ebenso.

# frau & info

Drei weitere Themen stehen auf ihrer Agenda: Rückführungen sollen künftig nicht mehr Ländersache sein, sondern durch die Bundespolizei erfolgen. „Das ist doch absurd und fahrlässig: Das BAMF in Berlin trifft die Asyl-Entscheidung und dann soll ein Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde, der sich gar nicht in allen Facetten der Vollstreckung, was die Abschiebung ist, auskennen kann, die Rückführung übernehmen.“ Dringend will sie erreichen, dass sogenannte Geduldete, die hier oft seit Jahrzehnten leben und längst fließend Deutsch sprechen, endlich einen angemessenen Status mit Arbeitserlaubnis erhalten. Und dann – hochaktuell – das Thema Antisemitismus: „Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle kann ich es bis heute nicht fassen, dass da am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, nicht mal ein Polizist vor der Tür stand“, sagt die Staatssekretärin. Mindestens so wichtig wie mehr Polizeischutz findet sie, dass die Bildungspolitik endlich Antisemitismus und Holocaust wieder in die Lehrpläne und verstärkt in die Integrationskurse aufnimmt. „Moscheen müssen dabei unbedingt eingebunden werden.“ In Projekten des Innenministeriums habe sich herausgestellt, dass Antisemitismus und schlichte Ahnungslosigkeit in den Schulen inzwischen erschreckend verbreitet seien.

Serap Güler lebt ihren Job als Integrationspolitikern, das spürt man, wenn sie in dichten Sätzen darüber redet. Sie kultiviert ihre Hartnäckigkeit, ihr Motto für die Politik: „Unter Druck entstehen Diamanten“. Vor ihr auf dem Schreibtisch liegt ein Stück Kohle – Erinnerung an den Papa und die Zeche Prosper-Haniel in Bottrop, die letzte, die vor einem Jahr geschlossen wurde.

Vera Schalck



## Deutsche Sektion der EFU

Die Vollversammlung der deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union stand in diesem Jahr ganz im Zeichen außen- und sicherheitspolitischer Fragestellungen. Deren Vorsitzende, Walburga von Lerchenfeld, freute sich über das große Interesse der Delegierten und Gäste am Vortrag und am anschließenden Austausch zum Thema „Sicherheit für Europa in einer turbulenten Zeitenwende“ mit Dr. Klaus Naumann, General a.D. des Heeres der Bundeswehr. Er beeindruckte mit einer messerscharfen Analyse der aktuellen Sicherheitslage sowie mit strategischen Überlegungen zum NATO-Bündnis und dessen Herausforderungen, zur Rolle Deutschlands und der Europäischen Union im Nahen Osten und zu Fragen der Cyberabwehr. Den kürzlich von der Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer eingebrachten Vorstoß für eine Sicherheitszone in Nordsyrien, bewertet er als richtiges Signal. Deutschland müsse verstärkt Verantwortung übernehmen insbesondere im Nahen Osten, so Dr. Klaus Naumann. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz berichtete über die aktuelle politische Lage, die Präsidentin der Frauen in der EVP (EPP Women) Doris Pack von deren Kongressen in Wien und dem EVP-Kongress in Zagreb.

## Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070452 · Telefax 030 22070439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 8020 · Telefax 02226 802111 · Telefon Vertrieb 02226 802213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley, Jürgen von Meer · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,00 Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse Köln-Bonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

# #LebenaufsLand



Strukturwandel in der Landwirtschaft funktioniert nur mit verantwortungsvollen Verbrauchern. Ein Appell der Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Hohenzollern. Mehr Informationen auf: [landfrauenverband-wh.de](http://landfrauenverband-wh.de).

Ein Wandel in der Gesellschaft und in der Landwirtschaft ist längst in vollem Gange. Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum sehen sich, gemeinsam mit ihren Familien, stetig wachsenden Herausforderungen gegenübergestellt. Laut einer Studie der Universität Freiburg zur Lebens- und Arbeitssituation der Frauen in der Landwirtschaft in Baden-Württemberg sind die Bäuerinnen zeitlich sehr belastet. Der landwirtschaftliche Betrieb, häufig in Kombination mit den Verantwortlichkeiten für Familie, Pflege und eigenem Zuerwerb, setzt die Frauen zunehmend – auch finanziell – unter Druck. Zudem sieht die Mehrheit der befragten Frauen die langfristige Existenz ihres Betriebes durch veränderte gesetzliche Vorgaben und steigende bürokratische Anforderungen bedroht. Hinzu kommt der mediale Druck! Die Mehrheit der über 2.300 befragten Frauen leidet direkt oder indirekt unter dem momentan in den Medien und den sozialen Netzwerken gezeigten Image der Landwirtschaft. Dieses Studienergebnis zeigt, wie sehr die Landwirtschaft als Branche unter öffentlichem Druck steht, von den Schlagzeilen in den Medien bis hin zu Mobbing von Bauernkindern in Kindergärten und Schulen.

Zur Zeit formieren sich in ganz Deutschland Landwirtinnen und Landwirte bei Demonstrationen, um zu zeigen, dass die dringend nötige Wertschätzung ihrer Arbeit und auch das grundlegende Verständnis dafür, wie unsere Lebensmittel angebaut und produziert werden, fehlt. Gerade im Zeitalter von „Fridays for Future“, in dem Klimaschutz und Nachhaltigkeit eine immer größere Rolle spielen, fühlen sich die landwirtschaftlichen Familien an den

Pranger gestellt. Doch die große Mehrheit der bäuerlichen Betriebe wirtschaftet nachhaltig. Die Bäuerinnen und Bauern sind bereit, mehr zu leisten, die Betriebe entsprechend umzugestalten, aber sie möchten zu Recht mitsprechen bei den Entscheidungen, die sie betreffen. Vor allem aber ist der Verbraucher gefragt, denn: Qualitativ hochwertige und klimaverträglich produzierte Lebensmittel haben ihren Preis. Höhere und verbesserte Standards bei Tierhaltung und Pflanzenanbau können nur dann umgesetzt werden, wenn auch die Verbraucher bereit sind, den höheren Aufwand entsprechend zu honorieren. Das Motto „hohe Qualität zum kleinen Preis“ funktioniert bei Lebensmitteln nicht.

Gerade die Frauen im ländlichen Raum und in der Landwirtschaft spüren die Doppelbelastung von betrieblicher Existenzsorge zusätzlich zu der oft zum Großteil geleisteten Care-Arbeit sehr stark. Um diese Frauen zu entlasten, braucht es nicht nur eine vernünftige politische Gestaltung der Zukunft der Landwirtschaft, sondern auch die Unterstützung von Verbraucherinnen und Verbrauchern, um den Druck von den landwirtschaftlichen Betrieben zu nehmen und ihnen eine faire Perspektive zu bieten. Treten wir ein in einen Dialog zu einem gemeinsamen Gesellschaftsvertrag zur Zukunft der Landwirtschaft, der für uns alle bindend sein sollte!

Juliane Vees ist Präsidentin des LandFrauenverbandes  
Württemberg-Hohenzollern



Koalition einigt sich auf die Einführung einer Grundrente. Profitieren sollen mindestens 1,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner, ganz besonders Frauen.

# Paketlösung Grundrente

Die Grundrente soll zum 1. Januar 2021 kommen – und zwar wie von der Union gefordert mit einer wirksamen Prüfung des Bedarfs. Beschlossen wurden auch eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung, Freibeträge beim Wohngeld und der Grundsicherung und eine Entlastung bei der Verbeitragung der Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem werden der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt und ein Fonds für Zukunftstechnologien aufgelegt. Das ist ein starkes Stück Sozialstaat „made by CDU“.

## Wir setzen unser Wahlversprechen um

Im Regierungsprogramm von CDU und CSU haben wir gefordert, dass alle, die ein ganzes Leben gearbeitet haben, auch im Alter davon leben sollen. Den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland verdanken wir sehr viel. Denn sie haben mit ihrer Arbeit wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland heute ein wohlhabendes Land mit hoher Lebensqualität ist. Dafür verdienen sie unseren Respekt und unsere Anerkennung. Mit der nun gefundenen Lösung bei der Grundrente erreichen wir genau das: Wer 35 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll durch die Grundrente besser dastehen, als Menschen, die dies nicht getan haben.

## Eine Millionen Frauen werden bessergestellt

Durch die Grundrente werden Menschen in Ost und West unterstützt, die wenig verdient haben und trotz gro-

ßer Anstrengungen sonst im Alter von Altersarmut bedroht wären. Die Mehrzahl der Anspruchsberechtigten werden Frauen sein, denn insbesondere in der Vergangenheit waren die durchschnittlichen Löhne von Frauen oft geringer als die von Männern. Außerdem tragen Frauen auch heute noch die Hauptlast bei Kindererziehung und Pflege.

Aber auch Menschen im Osten Deutschlands, die in den Jahren nach der Wiedervereinigung von den gewaltigen Umwälzungen betroffen waren und für sehr geringe Löhne arbeiten mussten, werden von der Grundrente profitieren.

## Was sind die Voraussetzungen der Grundrente?

Grundrente sollen alle bekommen, die mindestens 35 Beitragsjahre in der Rentenversicherung geleistet haben. Voll- oder Teilzeit spielen dabei keine Rolle. Die Beiträge müssen durchschnittlich zwischen 0,3 und 0,8 Rentenentgeltpunkten gelegen haben, das entspricht einer Beitragsleistung zwischen 30 und 80 Prozent des Durchschnittseinkommens. Damit erreichen Versicherte bisher oft nur eine Rentenzahlung unter oder knapp über der Grundsicherungsschwelle. Um die besondere Lebensleistung langjähriger Tätigkeit zu berücksichtigen, sollen die Rentnerinnen und Rentner künftig einen Zuschlag zu ihrer Rente erhalten. Zu den 35 Beitragsjahren für versicherte Beschäftigung zählen unter anderem auch Beitragszeiten aufgrund von Kindererziehung und Pflege. Maximal wird die Rente so hoch aufgewertet, als hätte man 35 Jahre 80

Prozent des Durchschnittseinkommens verdient. Dieser Zuschlag wird zur Stärkung des Leistungsprinzips allerdings um 12,5 Prozent verringert.

### Politik mit der Gießkanne erfolgreich verhindert

Die SPD hatte ursprünglich ein Konzept vorgelegt, nach der die Grundrente ohne jede Prüfung der Bedürftigkeit gezahlt werden sollte, unabhängig vom Einkommen und Vermögen. Diesen unbezahlbaren Vorschlag mit der Gießkanne haben wir abgelehnt. In harten Verhandlungen mit der SPD ist es uns gelungen, eine umfassende Einkommensprüfung durchzusetzen. Das zu versteuernde Haushaltseinkommen darf bestimmte Höhen nicht überschreiten. Es gilt dabei ein Einkommensfreibetrag von 1.250 Euro bei Alleinstehenden und 1.950 Euro bei verheirateten Paaren. Angerechnet werden beispielsweise alle Renteneinkünfte, die Kapitalerträge oder auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

Durch die Einkommensprüfung stellen wir sicher, dass nur diejenigen Grundrente erhalten, die sie auch benötigen. Dies war ein Kernanliegen der Union. Dabei wollen wir bewusst angespartes Vermögen wie beispielsweise selbstgenutztes Wohneigentum schützen. Denn Menschen sollen neben der Rentenversicherung für ihr Alter vorsorgen und nicht befürchten müssen, dass ihnen dies später zum Nachteil ausgelegt wird. Menschen mit großem Vermögen erhalten im Regelfall daraus auch Einkünfte, die die Grundrente ausschließen.

### Automatisierte Einkommensprüfung

Die Einkommensprüfung soll mithilfe der Daten des Finanzamtes von der Rentenversicherung festgestellt werden. Anträge oder Gänge zum Sozialamt werden nicht notwendig sein. Die Überprüfung, ob die Voraussetzungen vorliegen, soll von der Rentenversicherung automatisch erfolgen.

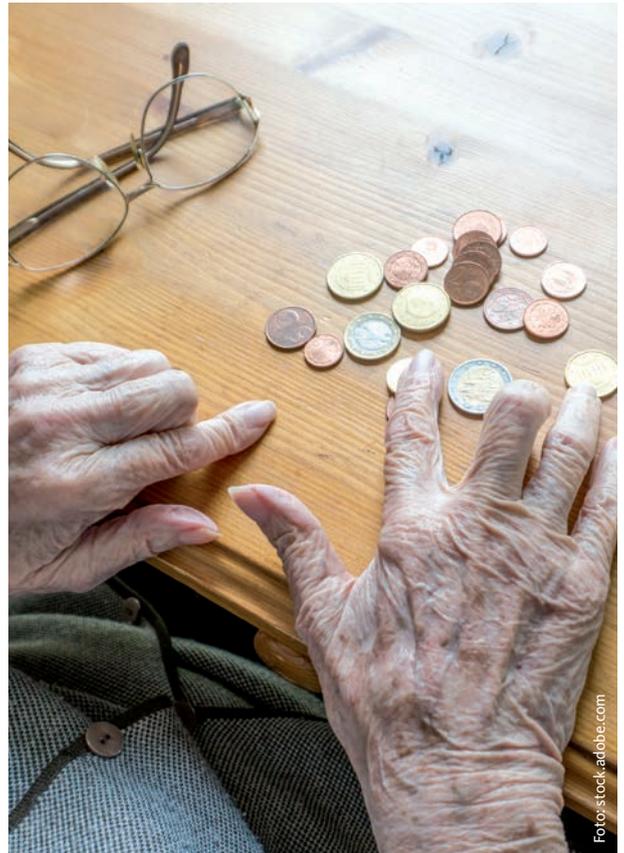
Die Kosten der Grundrente werden aus Steuermitteln finanziert und nicht die Beitragszahler belasten. Durch einen Freibetrag beim Wohngeld stellen wir sicher, dass die Grundrente zu einer echten Erhöhung des Einkommens führt.

### Regelung für Härtefälle

Es wird eine Gleitzone für diejenigen geben, die knapp unter den 35 Beitragsjahren liegen. Auch sie sollen eine Grundrente erhalten, die allerdings etwas niedriger ausfällt. Auch wer Einkommen knapp über den Freibeträgen hat, soll mit Abschlägen eine Grundrente erhalten. Einzelheiten hierzu werden im anstehenden Gesetzgebungsverfahren festgelegt.

### Freibetrag in der Grundsicherung

Wer trotz 35 Beitragsjahren so wenig Rente hat, dass er dennoch auf Grundsicherung im Alter angewiesen ist, erhält für Leistungen aus der gesetzlichen Rente einen Freibetrag. Er bekommt also künftig den Betrag der Grundsicherung plus maximal 212 Euro.



### Weitere Anreize zur Vermögensbildung

Zusätzlich zur Grundrente hat die Union erreicht, die Anreize für die Verbreitung der zusätzlichen arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge für Geringverdiener weiter zu erhöhen. Der Förderbetrag wird auf 288 Euro verdoppelt. Damit gewinnt die betriebliche Altersvorsorge vor allem für Geringverdiener deutlich an Attraktivität, da sie eine vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersvorsorge erhalten können.

Außerdem werden wir die Krankenversicherungsbeiträge auf betriebliche Altersvorsorge neu regeln und die bisherige Freigrenze von 155,75 € in einen Freibetrag umwandeln. Dadurch werden Bezieher einer betrieblichen Altersvorsorge spürbar entlastet und die Beitragsbelastung für die Bezieher von Betriebsrenten erheblich gesenkt.

Zusammenfassend senden wir mit diesem Paket nicht nur das starke Signal, dass sich jeder Euro in die Altersvorsorge rechnet, sondern dass der Sozialstaat die Menschen, die die Gesellschaft durch ihre Arbeit und ihre Sorge für Andere stützen, auch im Alter wertschätzt.

Die zuständigen Bundesministerien werden in den nächsten Monaten die gesetzlichen Grundlagen aus den Vereinbarungen erarbeiten. Die Umsetzung wird sehr anspruchsvoll, weil wir Neuland bei der digitalisierten und automatisierten Zusammenarbeit zwischen Rentenversicherung und Finanzämtern betreten.

Hermann Gröhe MdB ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# Kinderrechte im Grundgesetz



Foto: Hans Peter Barling

Kinderrechte im Grundgesetz sichtbar machen, aber keine Einmischung in die Familie.

Mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD wurde die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz beschlossen. Ende Oktober hat die eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe ihren Abschlussbericht vorgelegt. Als CDU/CSU ist uns klar: Würde, Lebensrecht, Handlungsfreiheit und Anspruch auf Gleichbehandlung stehen ihnen von Anfang an zu. Die Rechte von Kindern sind bereits jetzt umfassend im Grundgesetz geschützt. Die ausdrückliche Benennung von Kinderrechten im Grundgesetz soll zu einem Gewinn für die Kinder werden, aber keine unnötige staatliche Einmischung in Familien provozieren, wo diese nicht durch das Wächteramt des Staates geboten sind. Wir haben bereits ein austariertes System zwischen Kindern, Eltern und staatlichem Wächteramt – dieses System darf nicht gekippt werden.

Es kann daher letztendlich nur darum gehen, die Rechte von Kindern im Grundgesetz sichtbarer zu machen und im Streit um Haushaltsmittel gegenüber anderen Belangen zu stärken. Denn richtig ist, dass bei immer knappen Ressourcen noch mehr Unterstützung für Kinder in Notlagen und ein effektiver Familienlastenausgleich, mehr Investitionen in die Qualität von Bildung und Betreuung, mehr Personal bei den Jugendämtern wichtig wären. In jeder kommunalpolitischen Entscheidung zwischen Parkhaus oder Jugendtreff wäre mehr Gewicht für die Interessen von Kindern wünschenswert. Gleiches gilt, wenn die Rechte der Opfer von sexuellem Missbrauch und Kinderpornographie auf Schutz und auf Verfolgung der Täter gegen das Recht auf Datenschutz der Nutzer abzuwägen sind. Oder wenn es um das Recht des Kindes auf Kenntnis

seiner biologischen Abstammung gegenüber den gesetzlichen Eltern geht: hier den Rechten der Kinder zusätzlichen Rückenwind zu geben, sollte der konstruktive Ansatz für die angestrebte Grundgesetzänderung sein!

Artikel 6 GG ist das wesentliche Familiengrundrecht. Dieser weist in Absatz 2 die Pflege und Erziehung des Kindes zuerst als Recht und Pflicht den Eltern zu. Dabei stellt das Elternrecht ein dienendes Grundrecht im Interesse des Kindeswohles dar. Es ist keineswegs als Recht der Eltern „an“ dem Kind, auf seinen Gehorsam und seine Unterordnung zu verstehen, sondern es richtet sich als Abwehrrecht gegen den Staat, der – historische Erfahrungen belegen diese Gefahr – nicht aus eigenen staatlichen oder ideologischen Interessen heraus in das Elternrecht eingreifen darf. In allen Absätzen stehen die Kinder im Mittelpunkt und auch die Elternrechte sind um der Kinder willen verbürgt. Hieraus folgt bereits jetzt die Pflicht der Eltern, die wachsende Fähigkeit des Kindes zur Selbstbestimmung zu berücksichtigen und es an das Kind selbst betreffenden Entscheidungen zunehmend zu beteiligen. Es kommt uns darauf an, dies passend umzusetzen, ohne unerwünschte Auswirkungen auf die Familien.

Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und war bis zum 29.11.2019 rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

# Neustart für Europa



Europa: Was wir erwarten und was wir wollen.

Am 1. Dezember, zum 1. Advent, hat die neue EU-Kommission ihr Amt angetreten. Was sich hinter den diversen Türchen des europäischen Adventskalenders verbirgt, werden die nächsten fünf Jahre zeigen. Aber manches ist schon erkennbar. Schon fast wieder vergessen nach einem politisch turbulenten Jahr 2019: Die politische Grundlage für das Mandat der neuen Europäischen Kommission ist die Europawahl Ende Mai 2019.

Die gute Nachricht: Die Wahlbeteiligung stieg deutlich an, europaweit von rund 42,6 auf rund 50,6 Prozent, die höchste Wahlbeteiligung seit der Wahl 1994. In Deutschland wählten sogar über 61 Prozent der Wahlberechtigten. Europa interessiert seine Bürgerinnen und Bürger also, sie wollen ihr Europa gestalten.

Und noch eine gute Nachricht: ein klarer Wahlsieg für die Europäische Volkspartei (EVP), die christdemokratische Parteienfamilie Europas. Die EVP wurde erneut zur deutlich stärksten Fraktion im Europäischen Parlament. Obwohl wir Sitze verloren haben, bleibt nach wie vor ein deutlicher Vorsprung von rund 30 Sitzen gegenüber der zweitgrößten Fraktion im Europäischen Parlament, den Sozialisten. Wenn der Brexit vollzogen wird und die britischen Abgeordneten das Parlament verlassen, wird dieser Vorsprung auf rund 40 Mandate anwachsen. Denn die EVP-Fraktion ist die einzige große politische Familie, in der keine britischen Abgeordneten sitzen.

In 13 der 28 Mitgliedstaaten hat die EVP die meisten Stimmen gewonnen, gefolgt von den Liberalen (6) und den Sozialisten (5). Auch das zeigt, dass die EVP nach wie vor die prägende Europapartei unseres Kontinents ist.

## Wer die Europäische Kommission führt – und wer nicht

Es ist folgerichtig, dass die EVP die Europäische Kommission anführt und dominiert, auch wenn die deutschen Sozialdemokraten nach der Wahl einen anderen Eindruck erwecken wollten. Sie gewannen von den 96 deutschen Sitzen lediglich 16, die Union immerhin 29.

Stark fühlen sich auch die Grünen. Allerdings sind sie ein west- und nordeuropäisches Phänomen, eine europäische Parteienfamilie sind sie nicht: In zwölf EU-Ländern konnten sie keinen einzigen Sitz gewinnen. Dazu gehören alle ehemaligen Ostblockstaaten mit Ausnahme von Tschechien, Lettland und Litauen. Kann eine solche Parteienfamilie Europa zusammenführen, Europa stärken und Europa gestalten?

Weil seine eigene Partei auf europäischer Ebene bislang keine Rolle spielte, will der französische Präsident nicht, dass ein siegreicher Spitzenkandidat auch EU-Kommissionspräsident wird. Deshalb verhinderte Emmanuel Macron, dass der EVP-Spitzenkandidat und Wahlsieger Manfred Weber Präsident der Europäischen Kommission wurde. Eine EVP-Kommissionspräsidentin verhindern, noch dazu eine Deutsche, konnte er hingegen nicht.

## Neustart für Europa

Mit Ursula von der Leyen steht also erstmals nach 50 Jahren wieder eine Deutsche an der Spitze der EU-Kommission, die erste Frau in diesem Amt überhaupt. Sie ist erfahren und durchsetzungsstark. Als deutsche Verteidigungs-



Foto: picture alliance – Philipp von Ditfurth – dpa

ministerin hat Ursula von der Leyen sich international großes Ansehen erworben. Vor allem in Osteuropa weiß man ihren Einsatz für einen besseren Schutz gegen mögliche russische Aggressionen zu schätzen, etwa durch die mobile NATO-Präsenz, die seit 2017 die baltischen Staaten und Polen schützt.

So kann Ursula von der Leyen Brücken auch nach Osteuropa bauen und Gräben überwinden, die in den letzten Jahren tiefer geworden sind. Ihre Kommission werde eine „geopolitische“ Kommission, hat die neue Kommissionspräsidentin gesagt. Damit macht sie klar, worauf es ihr ankommt: das Denken in großen Linien, die globale Rolle der EU und nicht zuletzt unsere wirtschaftliche und militärische Wehrhaftigkeit.

### Europäische Projekte

Die neue EU-Kommission startet ehrgeizig in ihr erstes Amtsjahr: Der Schutz des Klimas, der „Green Deal“, die Verteidigungsfähigkeit Europas und die Zukunft unserer Wirtschaft, vor allem die Digitalisierung, stehen auf der Agenda. Dazu kommt der freie und faire Handel weltweit, denn er sichert unseren Wohlstand und vermehrt ihn in den ärmeren Regionen der Erde.

Uns ist die überfällige Neuregelung der EU-Migrationspolitik ein besonderes Anliegen. Wir wollen einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenze und harmonisierte Asylregelungen in den EU-Mitgliedstaaten. Denn Europa ist für viele Millionen Menschen dieser Welt ein Sehnsuchtsort und wird es bleiben. Die Freiheit und der Wohl-

stand, die wir uns erkämpft und erarbeitet haben, wird auf Generationen Menschen anziehen – ein Kompliment für Europa, aber auch eine große Herausforderung für uns. Die EU-Kommission wird dazu bald einen neuen Vorschlag vorlegen.

Wir Europäer wollen und müssen uns künftig noch viel stärker um Afrika kümmern. Das besondere Augenmerk der neuen EU-Kommission auf Afrika verdient unsere volle Unterstützung. Ihre erste außereuropäische Reise führte Ursula von der Leyen nach Afrika, bereits in ihrer ersten Amtswoche Anfang Dezember. Wir wollen eine neue Partnerschaft mit Afrika, die vor allem auf fairem Handel miteinander gründet.

### Einiges Europa, starkes Europa

Ursula von der Leyen kann sich auf die Unterstützung unserer Parteienfamilie, der EVP, verlassen. Wir haben bei der Europawahl im vergangenen Jahr den Auftrag bekommen, die EU auch in den nächsten Jahren zu prägen.

Grundlegend dafür wird die Einigkeit sein – innerhalb der Parteienfamilie, aber auch zwischen den Völkern Europas insgesamt. Dieses Jahrzehnt muss das Jahrzehnt neuer Einigkeit und neuer Stärke der Europäischen Union werden.

Dr. Katja Leikert MdB ist Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagfraktion für Europapolitik



Mit dem Jahresprojekt der Kampagne „Sicher in Lehrte unterwegs?!“ zeigt die Frauen Union Lehrte, wie sich gute Planung auszahlt.

# Sicher in Lehrte unterwegs?!

Unsere Kampagne begann im Frühjahr 2019 anlässlich des Lehrter Bürgermeisterwahlkampfes. Die Frauen Union wollte in diesem Wahlkampf nicht im Hintergrund der CDU agieren; es sollten kommunalpolitische Frauenthemen besetzt werden. Das diente nicht nur zur Steigerung des Bekanntheitsgrades, sondern man gab dem Bürgermeisterkandidaten der CDU, Frank Prüße, auch die Gelegenheit sich zu frauenpolitischen Themen zu positionieren; ein nicht zu unterschätzender Baustein im Wahlkampf.

Es wurde das Thema „Sicherheit“ als aktuelles kommunalpolitisches Thema gewählt, auf das Frauen eindeutig eine andere Sichtweise haben als Männer. Das Thema wurde unter dem Motto „Sicher in Lehrte unterwegs?!“ neben einem zweiten Thema der „Teilhabe von Frauen in der Politik“ gesetzt. Für die Kampagne über den Zeitraum des Wahlkampfes hinaus wurde das Thema „Sicherheit“ gewählt. Als Kickoff-Veranstaltung wurde zu einem Stammtisch der Lehrter Frauen mit dem Bürgermeisterkandidaten der CDU eingeladen. Eine Diskussion und die Meinung des Bürgermeisterkandidaten war im Hinblick auf den anstehenden Wahlkampf ein willkommener Anlass, sich intensiv mit dem Thema Sicherheit der Bürgerinnen in Lehrte zu beschäftigen und somit exklusiv zu besetzen. Auch vor dem Hintergrund tatsächlicher Erlebnisberichte von Lehrter Frauen entschied sich die Frauen Union hier eine Kampagne zu starten. Während der Stammtischrunde wurden Fotos mit dem Bürgermeisterkandidaten geschossen und mit einem Kurzbeitrag in den sozialen Medien zeitnah gepostet.

Im März erfolgte medienwirksam ein Aktionsstand anlässlich des Weltfrauentages zur besten Einkaufszeit (Freitag, 15-18 Uhr) in der gut besuchten Fußgängerzone gemeinsam mit dem Bürgermeisterkandidaten. Hier wurden unter dem Motto „Für starke Frauen in Lehrte“ Taschenalarmlarmer mit Werbeaufklebern passend zum Bürgermeisterwahlkampf „Mit Sicherheit Frank Prüße“ an die Bürgerinnen verteilt. Um mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen, haben wir uns nicht nur an unserem Aktionsstand aufgehalten, sondern sind in Zweiergruppen durch die Fußgängerzone gegangen. Dabei haben wir Frauen auf das Thema „Sicherheit“ angesprochen und die Taschenalarmlarmer verteilt, damit sie sich bei Alleingängen durch Lehrte in der Dunkelheit sicherer fühlen. Dabei ist es wichtig, Namensschilder der Frauen Union zu tragen, damit man namentlich angesprochen werden kann. Bei der Übergabe der Taschenalarmlarmer haben wir gleich die Funktionsfähigkeit durch Auslösen des Alarms demonstriert. So haben wir mit dem schrillen Alarmton zusätzlich in der gutbesuchten Fußgängerzone auf uns aufmerksam machen können. Auch von dieser Standaktion wurde zeitnah mit Fotos in den Sozialen Medien berichtet. Damit nicht genug.

Es folgte in den nächsten Monaten, hier im Juni 2019, auf Initiative der Frauen Union ein Spaziergang des Vorstandes der FU unter dem Motto „Sicherheit für Frauen, auch wenn es dunkel wird“. Dazu eingeladen wurde die niedersächsische Justizministerin Barbara Havliza und unser Bürgermeisterkandidat. Besucht wurden Bereiche, die für Frauen im Dunkeln als unsicher gelten. Diese Aktion wurde ebenfalls gut vorbereitet und über die sozialen Me-



Foto: Frauen Union Lehrte

dien gepostet. Zusätzlich wurde für die Printmedien ein ausführlicher Pressebericht im Nachgang verfasst und veröffentlicht. In diesem Bericht wurde bereits angekündigt, dass die Frauen Union zum Thema Sicherheit einen Antrag in den Stadtrat einbringen wird. Durch die Nachhaltigkeit unserer Aktion wurde man in gewünschter Weise auf uns aufmerksam und es gab eine erste Reaktion im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration der Stadt Lehrte.

Der Bürgermeisterwahlkampf wurde erfolgreich beendet – unsere Kampagne war noch in vollem Gange. In der darauffolgenden Vorstandssitzung im September 2019 wurde der erste Entwurf des Antrages dem Vorstand vorgelegt und darüber abgestimmt. Gleichzeitig wurde das weitere Vorgehen, wie und zu welchem Zeitpunkt der Antrag in den Rat der Stadt Lehrte eingebracht werden sollte, im Vorstand abgestimmt und beschlossen.

Vor der Einbringung sollte noch eine Bürgerbefragung im Rahmen eines weiteren Aktionsstandes an einem verkaufsoffenen Sonntag im November durchgeführt werden. Diesmal wurde unsere Standaktion in der Presse angekündigt und sorgte dafür, dass der Aktionsstand von Lehrter Frauen gut besucht wurde, die uns weitere Hinweise und Erlebnisberichte von neuralgischen Orten und manchen Wohngebieten schilderten, bei denen Handlungsbedarf bestünde. In den Gesprächen wurde uns auch dafür gedankt, dass nun dieses frauenpolitische Thema in Lehrte mehr Aufmerksamkeit finden sollte. Es wurden von uns erneut Taschenalarmlinien mit dem Aufdruck „Mit Sicherheit Frauen Union Lehrte“ an die Bürgerinnen verteilt.

Die Ergebnisse unserer Bürgerinnenbefragung werden nun in der nächsten Mitgliederversammlung im Februar 2020, zu der wir auch unsere Kontaktbeamtin der Polizei Lehrte eingeladen haben, veröffentlicht. Neben den Ergebnissen unserer Bürgerinnenbefragung ist ein Impulsvortrag unserer Kontaktbeamtin zum Thema Sicherheit geplant. Sie möchte Hinweise zu präventiven Verhaltensregeln geben. Überdies soll der Entwurf des Antrages an den Rat der Stadt Lehrte allen Mitgliedern vorgestellt und darüber abgestimmt werden. Mit dem Votum des Vorstandes und der Mitgliederversammlung wird der Antrag nebst Ergebnis der Bürgerbefragung an die Fraktion der CDU übergeben, verbunden mit der Bitte, sich diesen Antrag zu eigen zu machen und in den Rat der Stadt Lehrte einzubringen. Mit dem Antrag endet die Kampagne „Sicherheit“ 2019/2020.

Aber auch die nächste Kampagne für 2020/2021 ist schon in Planung. Sie beginnt mit einer Standaktion und Bürgerbefragung am verkaufsoffenen Sonntag nach dem Weltfrauentag im März 2020 und steht unter dem Motto: „Wie frauenfreundlich ist Lehrtes Stadtplanung wirklich? – Frauen Union (FU) Lehrte fragt nach“. Der Stand ist bereits bei der Stadt beantragt und genehmigt.

Vorstand der Frauen Union Lehrte, Karen Elfers

# FU!

